# Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.— viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 7.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 7.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 22.—, durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsverland: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25, Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.—, von auswärts Mk. 4.—, kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprech-Anschluß Nr. 17600 bis 17609. — Telegrammadresse: Leipzig 3004. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 521 — Montag, den 24. Oktober — 1921


# Der Staatsstreich Karls von Habsburg geglückt?

**Kämpfe bei Budapest — Mobilmachung der kleinen Entente? — Note der alliierten Hauptmächte**

**Wien, 23. Oktober. (Eig. Drahtber.) Um ½3 Uhr nachmittags ist der deutschösterreichischen Regierung von ihrem Vertreter amtlich gemeldet worden, daß der Reichsverweser Horthy gestürzt worden ist, und daß seine Truppen sich dem karlistischen Lager angeschlossen haben. Damit ist der Putsch Karls von Habsburg vorläufig geglückt.**

## Wie es kam

Ueber den Verlauf der anscheinend geglückten Unternehmung Karls liegen uns eine Fülle von Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß man sich in Wien und den anderen Hauptstädten der ehemaligen habsburgischen Monarchie bis zuletzt einem ungerechtfertigten Optimismus hingab. Welche Rolle der Reichsverweser Horthy gespielt hat, ist jetzt noch nicht klar zu durchschauen. Es ist sehr wohl möglich, daß er das Unternehmen Karls begünstigt hat, trotzdem die ungarische Regierung den Vertretern der Großen und der Kleinen Entente gegenüber das Gegenteil bekundet und Kundgebungen verbreitet hat, die dies erweisen sollten.

Im Laufe des Sonntags traf folgender Drahtbericht aus Wien ein. Er berichtet über eine

### Schlacht bei Budapest

Wien, 23. Oktober.

Um 1 Uhr nachmittags langten in Wien auf dem offiziellen Drahte Meldungen an, wonach seit den frühen Morgenstunden in der nächsten Umgebung von Budapest gekämpft wird. Man höre deutlich in der Stadt den Donner der Kanonen. Der Budapester Bevölkerung hat sich größte Erregung bemächtigt; die Verteidigungsmaßnahmen, die von einigen Horthy treuen Bataillonen in der Umgebung der Burg getroffen werden, tragen erheblich dazu bei, weil man Straßenkämpfe befürchtet, ebenso die überall angeschlagenen Plakate, in denen das Standrecht verkündet wird.

Das Ungarische Korrespondenzbureau teilt mit, daß die ungarische Regierung Herrin der Lage und fest entschlossen sei, alles, was mit der Ankunft König Karls zusammenhängt, rasch zu erledigen. Der Ministerrat beschloß, den Minister Vaß zu Karl zu senden, um ihm die außenpolitische Lage auseinanderzusetzen und ihn zum Verlassen des Landes zu bewegen. Reichsverweser Horthy begab sich heute früh persönlich zu den Truppen, die die Truppen Ostenburgs aufgehalten haben, um sich von den getroffenen Maßnahmen zu überzeugen.

*

Die Nachricht, daß bei Budapest sich eine Schlacht entwickelt hat, wurde in einer kurz vor Redaktionsschluß eingelaufenen Depesche aus Budapest bestätigt, deren Fassung die Möglichkeit offen läßt, daß sie bereits von der karlistischen Regierung inspiriert ist. Sie lautet:

Die Beförderung der Truppen des Königs wurde, nachdem die Gleise wieder in Ordnung gebracht worden waren, in sieben Zügen durchgeführt. Es ging in der Richtung auf Budapest. Die Spitzen der Truppen stehen bei Budapest. Die im Gange befindliche Schlacht zwischen den Truppen des Königs und der Regierung dauert an. Die Haltung der Truppen ist einwandfrei. In Regierungskreisen (welchen?) hofft man, die Situation bis zum Eintreffen von Verstärkungen aus der Provinz, die für den Nachmittag erwartet werden, halten zu können.

Nach allerletzten Informationen ist es noch nicht sicher, ob Horthy tatsächlich gestürzt ist. Die Kämpfe vor Budapest sollen noch andauern. Die Truppen Karls sollen aber im Vordringen sein. Horthy soll sich noch vor Budapest halten und Verstärkungen abwarten. Die Front soll bei Budaörs, sieben Kilometer westlich von Budapest, sein.

Ueber die Entwickelung der Ereignisse in Ungarn geben die nachfolgenden Drahtberichte Aufschluß:

### Der Oberbefehlshaber Karls als Abgesandter in Budapest

Budapest, 23. Oktober.

Heute früh erschien General Hegedues im Auftrage des Exkönigs beim Grafen Bethlen. Hegedues verhandelte sodann mit der ungarischen Regierung im Beisein des englischen Geschäftsträgers Holst. Hegedues ist bereits wieder nach Budaörs zurückgekehrt. Der gestern nacht von der ungarischen Regierung nach Raab entsandte Kultusminister Vaß, der in Begleitung verschiedener Herren dem König die von der Entente der ungarischen Regierung übermittelte Note zur Kenntnis bringen sollte, wurde vom König nicht empfangen. Die Mitteilung wurde von Rakovsky entgegengenommen. Die Erklärung soll jedoch auf den König und seine Begleiter keinen Eindruck gemacht haben.

Wien, 23. Oktober.

In später Nachtstunde traf auf der italienischen Gesandtschaft in Wien eine Meldung ein, wonach der in Budapest organisierte Widerstand gegen die anrückenden karlistischen Truppen keine großen Erfolge aufweist, da ein Teil der Budapester Garnison bereits für den Exkönig Stellung genommen habe. Der Neuen Freien Presse wurde um 2 Uhr nachts aus Budapest telephoniert, daß sich der Exkönig noch immer auf freiem Felde in der Nähe von Komorn bei der Ortschaft Ács befinde. Außer den Garnisonen Oedenburg und Steinamanger habe sich auch die Garnison Stuhlweißenburg den karlistischen Truppen angeschlossen. Wie dem Korrespondenzbureau verlautet, verfügt Karl außer über ausländische Freiwilligenkorps über ein Ostenburger Bataillon. Die Garnisonen von Raab und Komorn sind insgesamt 10 000 Mann stark.

### Aufrufung der Arbeiterschaft

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 23. Oktober.

Aus Wiener-Neustadt an der westungarischen Grenze wird gemeldet, daß die Nachricht von dem Eintreffen Karls in Oedenburg bereits in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gegen 2 Uhr eintraf, und daß sofort sämtliche Orte an der Grenze verständigt wurden. Um 6 Uhr früh trat der Arbeiterrat mit der Parteiexekutive zu einer Beratung zusammen. Die Vertreter des ganzen Industriegebietes nahmen teil und erließen einen Aufruf, in dem es heißt:

„Unter dem Schutze der ungarischen Banditen und Räuber, die seit Wochen die Grenzen unserer Republik beunruhigen, plündern und brandschatzen, ist der eidbrüchige Karl von Habsburg in Oedenburg eingezogen. Mit Krieg und Galgen soll die Herrschaft der Habsburger wieder aufgerichtet werden. Es geht um die Verteidigung der Republik. In der Arbeiterklasse besteht nur ein Wille: Die Republik gegen jeden Angriff mit allen Mitteln des Kampfes geschlossen zu verteidigen. Wenn wir Euch rufen, seid am Platze!"

Nicht weniger als 60 000 Arbeiter sollen sich in der Gegend von Wiener-Neustadt und Steinfeld zur Verfügung gestellt haben.

Die Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei fordert in Aufrufen unter Hinweisung auf die Gefährdung der Republik ihre Parteigenossen zum Eintritt in die Reichswehr auf.

### Maßnahmen gegen einen Handstreich in Wien

Wien, 23. Oktober.

Bundeskanzler Schober erklärte in einem gestern abend abgehaltenen Ministerrat, die Regierung werde jedem Versuch, die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oesterreich zu stören, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten. Dem Abend zufolge ordnete die Polizei verstärkten Schutz aller öffentlichen Gebäude Wiens an; ebenso seien die Truppen Wiens entsprechend verstärkt worden, um gegen einen etwaigen Handstreich der Wiener Monarchisten gerüstet zu sein. Bei bekannten Monarchistenführern sei eine Haussuchung angeordnet worden.

In der Hauptversammlung des deutsch österreichischen Städtebundes erklärte der Obmann des Städtebundes, der Wiener Bürgermeister Neumann, er halte es für notwendig, daß der Städtebund in nicht mißzuverstehender Weise ein Bekenntnis zur Republik ablege (stürmischer Beifall) und durch ihn ausspreche, daß jeder einzelne auf seinem Posten stehen wird, wenn Gefahr naht, und bereit ist, Gut und Blut für die Erhaltung der Republik zu opfern.

### Karlistische Regierungsbildung und Truppenvereidigung

Wien, 23. Oktober.

Der Neuen Freien Presse zufolge ist die Exkönigin Zita mit Karl in Oedenburg gelandet, wo alles für ihre Aufnahme bereit gewesen sei, woraus hervorgehe, daß der Putsch von langer Hand vorbereitet war. — Das Neue Wiener Abendblatt veröffentlicht Oedenburger Mitteilungen, die in Ententekreisen vorliegen. Danach wurde Exkönig Karl in Oedenburg vom früheren Abgeordnetenhauspräsidenten Rakovsky empfangen, den er sofort zu seinem Ministerpräsidenten ernannt habe. Es wurde folgendes Ministerium ernannt: Rakovsky Präsidium und Justiz, Andrassy Aeußeres, Benczky Inneres, General Schnetzler Krieg, Dr. Graß Finanzen. General Hegedues wurde zum Oberkommandanten ernannt.

Wie die Blätter weiter aus Oedenburg erfahren, ordnete General Hegedues die Einstellung des gesamten Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnverkehrs zwischen Westungarn und Oesterreich an. Die in Oedenburg stationierten Truppen wurden alarmiert und ihnen von Hegedues in einer Ansprache mitgeteilt, daß Karl wieder nach Ungarn zurückgekehrt sei, um die Regierungsgewalt zu übernehmen. Die Truppen wurden an ihren Eid für den König erinnert. Auch Ostenburg hielt eine Ansprache. Die Truppen nahmen die Mitteilungen mit Eljen-Rufen auf König Karl auf. Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse hat Karl persönlich die Ostenburg-Truppen vereidigt.

## Zwischenreden

Wir wollen nicht sagen, daß es keine ausgleichende Gerechtigkeit in der Welt gäbe. Wir wollen aber sagen, daß es allzu billig wäre, in ihrem späteren Wirken den Trost für erlittenes Unrecht zu sehen; und allzu deutsch und unpolitisch, in dieser Hoffnung zu resignieren. Karthagos Zerstörung war eine Ungerechtigkeit schlimmster Art, und dennoch erstand Karthago nicht wieder. Davon, daß auch der Zerstörer Rom verging, hatten die Karthager nichts. Wer auf die ausgleichende Gerechtigkeit allein baut, muß in Jahrtausenden denken und die Menschheit als ein Gemeinsames nehmen.

Wir wollen dergleichen den Geschichtsphilosophen überlassen und besseren Trost ansehen: die ausgleichende Gerechtigkeit offenbart sich nüchtern in den wirtschaftlichen Gebundenheiten und Notwendigkeiten der Völker. Das, was wir Politik zu nennen pflegen, kann selbst bei höchster Kunstfertigkeit heute doch nur eine Zeitlang diese Notwendigkeiten beeinflussen. Reine Gewalthandlungen, als höchste politische Weisheit angewendet, befristen kürzer die einem vom Gegner wirtschaftlich benötigten Volke zugefügte Ungerechtigkeit. Die Paris-Warschauer Napoleons leben, unbeschadet aller Augenblickserfolge, ein Jahrhundert zu spät. Zwar läßt auch eine Wirtschaft sich ordnen, und ihren Notwendigkeiten lassen sich andere Wege weisen: dauernd aber doch nur durch Verständigung, nicht durch Gewalt. Besonders dann nicht durch Gewalt, wenn zu dem Rechtsgefühl auch das Nationalgefühl der Teile des Volkes, die nicht rein wirtschaftlich denken, bis aufs Blut verletzt worden ist. Und erst recht dann nicht, wenn als Folge der Vergewaltigung die wirtschaftliche Not ewig sich erneuernden Anreiz zu Verzweiflungstaten gibt. Eine Generation rechnet dreißig Jahre; nun wohlan: die Kinder, die jetzt geboren werden, sehen Oberschlesien wieder bei Deutschland! Wenn sie dieses Ereignis sich vielleicht auch erst werden erkämpfen müssen!

*

Die Regierung Wirth durfte nicht ohne weiteres im Amte bleiben. Die Gefahr, die in dem regierungslosen Zeitraum, in dem wichtige Beschlüsse zu fassen sind, liegt, ist wohl nicht größer als die, die der politische Kampf mit sich gebracht hätte, wenn in diesem Kampf die Gegner der Regierung Kleben an den Sesseln und nationale Würdelosigkeit zum Vorwurf zu machen eine gewisse Berechtigung gehabt hätten. Vielleicht würde eine Befragung des Parlamentes ausgereicht haben; darüber zu rechten, ist nun nicht mehr angebracht, und es ist ungerecht von der sozialistischen Presse, dem Kanzler einen Vorwurf aus seiner Haltung zu machen. Die Voraussetzungen, unter denen er sein Kabinett schuf, sind weggefallen. Glaubt die Mehrheit des Reichstages, ihn nicht entbehren zu können, nun, so betraue sie ihn erneut mit der Regierung. Unter den alten Gesichtspunkten freilich kann er diese nicht mehr bilden. Es fehlen dazu die alten Verhältnisse, es fehlt dazu die alte Ansicht der Parteien über die zu befolgende Politik.

Den Gedanken an einen Block der Mitte kann man fürs erste wohl einsargen. Die Volkspartei hat durch ihre entschiedene Ablehnung des gesamten Genfer Entscheids (eine Ablehnung also auch des Versuches einer Verhandlung mit Polen) den Deckel zugeschlagen. Wie die Demokraten und das Zentrum in ihrer Mehrheit denken, wissen wir nicht; wir sind aber der hier von Anfang an betonten Meinung, daß der Versuch zu solchen Verhandlungen, wie er in der Entsendung eines Kommissars liegen würde, gemacht werden muß. Nicht so sehr, um der Entente einen neuen Beweis für die deutsche Böswilligkeit zu nehmen (sie hat kein Recht, solche Verhandlungen zu fordern), als vielmehr um die Verelendung der deutschbleibenden oberschlesischen Industrieteile zu verhindern. In diesen Verhandlungen und an ihren Ergebnissen ist dann zu prüfen, ob der Verlust, der uns aus dem Niedergang der oberschlesischen Wirtschaft erwächst, nicht doch geringer ist als der, der uns blüht, wenn wir fünfzehn Jahre lang mit allen wirtschaftlichen Mitteln des Reiches über das sogenannte vorläufige Wirtschaftsregime hinweg den polnischen Staat, der niemals uns gutgesinnt sein wird, nähren und stark machen. Wir können trotz des unangenehmen polnischen Charakters zu diesen Verhandlungen gehen, weil wir wirtschaftliche Machtmittel in Händen haben: der polnisch werdende Teil des Industriegebietes ist, obwohl er der größere ist, abhängig von dem bei Deutschland verbliebenen. Polen hat nichts hinter seinen Erwerb zu stellen, und die Drohung der Alliierten, das Deutschland zugesprochene Gebiet in Verwaltung der Interalliierten Kommission behalten zu wollen, darf uns nicht schrecken. Diese Zwangsverwaltung müßte zunächst an der Grenze des Abstimmungsgebietes enden, würde also nur ein Vegetieren des Industriegebietes bedeuten und letzten Endes durch die Lahmlegung der gesamten deutschen Wirtschaft nur den großen europäischen Kladderadatsch herbeiführen.

Wer also auch die nächste deutsche Regierung stellt, er darf nicht den krassen Ablehnungsstandpunkt der Volkspartei teilen, er darf aber auch nicht mit dem unbedingten Erfüllungswillen den Genfer Entscheid hinnehmen. Kehrt die bisherige Koalition wieder — was wahrscheinlich ist — dann wird sie in kurzer Frist einer sehr schweren Entscheidung sich gegenüber sehen. Es kann